

22. August 2012

## **„Die Energiewende: Herausforderung und Chance für Schleswig-Holstein - Eine Eröffnungsbilanz“**

Regierungserklärung des Ministers für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-  
Holstein, Robert Habeck

### **Sperrfrist: Redebeginn**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Mitglieder der alten Landesregierung haben mir auf die Schulter geklopft und gesagt: Herzliches Beileid, die Energiewende wird scheitern. Am Föderalismus. Am Bund. An den Menschen.

Im Oktober wird die EEG-Umlage angehoben und die Kritiker füllen schon jetzt den Echoraum derjenigen, die die Energiewende nie gewollt haben.

Der Netzausbau wird gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgespielt.

Der Bundeswirtschaftsminister will gar das EEG ganz abschaffen.

All das lesen wir täglich und hören wir überall. Aber ich stehe hier, um zu widersprechen, die Argumente zu sortieren und sie zu widerlegen. Diese Regierung tritt an, die Energiewende umzusetzen, so wie wir es hier vor anderthalb Jahren gemeinsam beschlossen haben. Wir bauen in Deutschland die Energieversorgung eines führenden Industrielandes um. Wer glaubte, das könnte mit einem Fingerschnippen gelingen, war naiv.

Wer aber aus dieser Naivität Resignation werden lässt, macht aus Politik selbstverschuldete Unmündigkeit. Fortschritt kommt zustande, indem man große Probleme löst! Und deshalb ist die Energiewende das Fortschrittsprogramm für unser Land! Die Energiewende ist ein Projekt ohne Vorbild. Es gibt keine vorgefertigte Blaupause für sie. Vieles werden wir lernen und einiges korrigieren müssen. Das habe auch ich bereits erfahren dürfen, bei dem Versuch, die unstrittigen Windeignungsgebiete vorzeitig auszuweisen. Und, meine Damen und Herren, es wird nicht das letzte sein, was ich lernen werde. Und das macht mich froh.

Obwohl also nicht bis zum letzten klar ist, wo genau wir enden werden – heute müssen wir uns fragen, ob wir bei jedem ersten Gegenwind, beim ersten lauen Lüftchen von vorn, umdrehen, ob wir bei jedem Anstieg des Weges rumjammern, dass wir doch besser zuhause geblieben wären. Oder ob wir uns darauf einigen, den Kompass neu zu eichen, den Kurs zu halten, und dann gemeinsam loszumarschieren. Laufen lernt man nur durch Gehen.

Und deshalb ist die Antwort für diese Regierung klar. Wir werden voranschreiten. Und ich hoffe darauf, dass wir es gemeinsam tun werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich frisch gebackener Minister war, erhielt ich verschiedene Übersichten mit dem Planungsstand der alten Landesregierung zum Netz- oder Speicherausbau.

Das Pumpspeicherwerk Geesthacht soll erst im Herbst 2014 voll einsatzfähig sein – drei Jahre, nachdem wir die OWAG-Änderung beschlossen haben. An der Westküste soll der Baubeginn der Strecken Barlt-Heide 2016 und Heide-Husum 2018 und Husum-Niebüll 2019 sein. 2020 – in acht ! Jahren, zehn Jahre nach Beschluss! - oder noch später soll die Westküstentrasse stehen. Bei der Ostküstentrasse soll 2015 erst mit der Planung begonnen werden. Auf der 110 kv-Ebene soll – sollte, muss ich sagen – E.ON die Planfeststellung für diverse Trassen ab dem ersten Quartal 2012 einreichen. Keine einzige ist bisher eingegangen.

Meine Damen und Herren, all das ist zu langsam, zu spät und kann so nicht laufen. Und wir werden es so nicht laufen lassen.

Je mehr man fragte, wo es hakt, desto deutlicher wurde, dass jeder die Verantwortung bei anderen sah. Gespräche mit Verbänden, Vorhabenträgern, Bürgerinnen und Bürgern haben gezeigt, dass es einen Zustand organisierter Verantwortungslosigkeit gegeben hat. Es wird schwarzer Peter gespielt. Der eine zeigt auf den anderen. Damit muss Schluss sein.

Meine Damen und Herren,  
der Begriff „Energiewende“ wird in der öffentlichen Debatte in einer verkürzten Form gebraucht. Er meint allein den Umbau des Stromsektors, um den Ausstieg aus der Atomenergie hinzubekommen. Auch ich werde mich heute aus den genannten Gründen auf den Stromsektor konzentrieren.  
Aber die Energiewende ist mehr. Die Energiewende ist ein Paradigmenwechsel, sie bezieht den Wärme- und den Verkehrssektor mit ein, alle Wirtschaftsbranchen, die Art wie wir bauen, wie wir leben und Güter transportieren.

Ein verkürzter Begriff von Energiewende macht diese lediglich zu einer Pirouette – wir hätten uns nur einmal kunstvoll im Kreis gedreht. Deshalb wird die Landesregierung alle Bereiche unseres politischen Handelns – Sanierungsprogramme, EU-Förderungen, Bildungsangebote, Sorge um Verbraucherpreise – in diese große Transformation mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren,  
lassen Sie mich mit dem neuralgischen Punkt der Debatte beginnen:  
Den Strompreisen und der Versorgungssicherheit.

Viele Menschen machen sich Sorgen, dass Strom für sie zu teuer wird. Ich nehme die Sorgen ernst. Ich will den Anstieg des Strompreises begrenzen und ich will nicht, dass die Energiewende zu einem sozialen Problem wird.

Aber ich will auch keine Scheinheiligkeit in der Debatte, und alles in mir wehrt sich dagegen, wenn die börsennotierten Großkonzerne vor den teuren Strompreisen warnen, die, die sowieso von der EEG-Umlage ausgenommen sind und damit den Preis für den Endkunden hochtreiben.

Die öffentliche Diskussion um die Preisentwicklung der Energiekosten ist hitzig. Dabei wäre eine sachliche Diskussion angezeigt. Von 2006 auf 2011 stieg der Strompreis um 6,5 ct/kwh. Die EEG-Umlage hat sich von 2009 auf 2011 von 1,1ct/ kwh auf 3,6 ct verdreifacht, im Wesentlichen verursacht durch den Anstieg der Solarenergie. Weitere Steigerungen im Herbst sind prognostiziert. Aber der Strompreisanstieg ist nicht allein mit dem EEG zu begründen und – die Stromkosten haben einen eher geringen Anteil an den Haushaltsausgaben. Sie betragen 2,2%. Und die EEG Umlage beträgt 0,3%.

Es gibt Armut in Deutschland – aber die EEG-Umlage ist nicht ihr Grund. Und wenn die, die gegen einen Börsensteuer sind und gegen eine Vermögensabgabe, mit Krokodilstränen vor den sozialen Kosten der Erneuerbaren warnen, dann sollte man gewahrschaut sein.

Wir haben bereits starke Impulse im EEG zu Kostensenkung und Degression – dennoch sollten wir zukünftig im EEG-Mix noch stärker auf die *effizienten* EE-Technologien setzen und damit vorrangig auf die Onshore-Windenergie.

Und das kann man nicht laut genug sagen und vor allem in Richtung Berlin: Wenn wir preiswerten erneuerbaren Strom wollen, dann wollen wir Strom aus Schleswig-Holstein. Onshore-Windenergie ist der Kostensenker im Konzert der Erneuerbaren. Unsere Erneuerbaren sind nicht das Problem, sie sind die Lösung. Das sage ich ausdrücklich in Richtung Peter Altmaier! Die Deckelung von Wind-Onshore im Norden macht die Energiewende teurer und ist falsch!

Meine Damen und Herren,  
wir müssen weiterhin festhalten, dass die Preise des Stroms aus Atom und Kohle nie die Wahrheit über die Kosten gesagt haben. Legt man staatliche Förderungen und nicht eingerechnete soziale und ökologische Kosten auf den Strompreis um, sind schon heute Wind und Wasser günstiger als Atom und Kohle. Zweitens trägt die Energiewende dazu bei, uns von teurer werdenden Energieimporten unabhängig zu machen. Sie dient deshalb der Versorgungssicherheit und letztlich auch der Preisstabilität.

Denn eins ist klar: Die Preise für Öl, Gas und Kohle werden ansteigen, die Erzeugungskosten für Wind- und Sonnenstrom werden sinken. Wer auf fossile Brennstoffe statt auf Erneuerbare setzt, setzt auf die Vergangenheit.

Drittens, ja, die Stromkosten steigen. Und ja, die EEG-Umlage steigt auch und der Umstieg auf die Erneuerbaren hat seinen Preis. Aber bei den gegenwärtigen Stromkosten ist das eigentliche Problem, eigentlich der Skandal, dass gesunkene Börsenpreise nur zum Teil an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden, während die EEG-Umlage dick auf den Rechnungen ausgewiesen wird und als Begründung für Preiserhöhungen herhalten muss. Die Strombeschaffungskosten für die Stromversorger sind nach Berechnungen der Bundesnetzagentur von 2010 um 3 ct geringer als die Preise, die an die Verbraucher weitergegeben werden. Würden die Stromversorger den preissenkenden Effekt auch der Erneuerbaren an die Verbraucher weitergeben, wäre ein erheblicher Teil der EEG-Umlage wieder eingespielt.

Wieso die Strompreise auch hoch sind, verrät ein Blick auf die Geschäftsbilanzen der Konzerne. E.ON und RWE machen Milliardenengeschäfte. Die Kunden zahlen aber mehr als vor einem Jahr! Kein Schelm, wer da einen Zusammenhang sieht. Und trotz dieser Gewinne wollen die „Großen Vier“ einen zweistelligen Milliarden-Betrag als Entschädigung für den vorzeitigen Atomausstieg. All das zeigt: Wir haben noch immer keinen funktionierenden Strommarkt in Deutschland. Wir haben am Strommarkt Verhältnisse wie an den Tankstellen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass bei den Stromrechnungen nicht nur die EEG-Umlage, sondern auch der Einfluss der Börsenpreise ausgewiesen wird.

Schließlich der eigentlich selbstverständliche aber keineswegs selbstredende Hinweis, dass die billigste Kilowattstunde die ist, die nicht verbraucht worden ist. Die Kennzeichnungspflicht für Energieverbrauch sollte auf PCs, Flatscreens, Handys ebenso wie für Kühlschränke oder Waschmaschinen Anwendung finden. Stromsparen ist leicht zu realisieren und kostet fast nichts. Eine

kostenlose Energieberatung ist eine gute Hilfestellung. Wir Verbraucher können heute von hunderten Anbietern Strom bestellen.

Wenn wir über hohe Strompreise klagen, dann klagen wir auch über uns selbst! Über unsere Trägheit, die uns in der teuren Grundversorgung bleiben lässt. Unverständlicherweise fragen wir bei Strom nicht, was wir sonst bei anderen Dingen fragen: Wo kostet es am wenigsten? Beim Wechsel des Stromanbieters sind mehr Einsparungen möglich, als jeder EEG-Anstieg an Kosten ausmacht.

Meine Damen und Herren,

- dass wir heute überhaupt in der Lage sind, die Energiewende zu wollen und zu wagen,
- dass wir ein Industrieland ohne nuklearen oder fossilen Strom denken können und versorgen werden,
- dass die Erneuerbaren Energien keine Tüftelei im Hinterhof mehr sind, sondern eine echte industrielle Perspektive,

liegt am Erneuerbaren Energien Gesetz.

Das EEG ist das Herz der Energiewende.

Dies Gesetz hat das Fundament gelegt für einen Strukturwandel, der alle Erwartungen übertroffen hat.

Wenn wir heute in die nächste Stufe der energiepolitischen Debatte einsteigen – dann nicht, weil das EEG nicht funktioniert hätte, sondern weil es über die Maßen gut funktioniert hat. Wir werden perspektivisch dazu kommen müssen, mit dem EEG stärker den Beitrag zum Gesamtsystem und weniger einzelne Anlagen zu vergüten. Verschiedene Energie- und Speicherträger werden sich komplementieren müssen.

Was wir jetzt also brauchen, sind Mechanismen, die sicherstellen, dass der Strom ständig verfügbar ist und die Versorgungssicherheit garantiert ist. Denn Versorgungssicherheit und Stromnetzstabilität stehen durch die Einspeisung von schwankendem erneuerbarem Strom vor neuen Herausforderungen.

Im vergangenen Winter ist nach einem Kurzschluss nur unter Aufbietung aller Kaltreserven ein Blackout verhindert worden. Ursache dafür ist, dass sich Anlagen abschalten, wenn das Netz ausfällt. Das tun vor allen Dingen die älteren Anlagen, auch deswegen muss „repower“ oder nachgerüstet werden. Dafür sind weitere gesetzliche Schritte notwendig und dringlich geboten.

Darüber hinaus leistet die Fertigstellung der Freileitung Krümmel – Görries einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und Netzstabilität insbesondere für Hamburg und das Hamburger Umland.

Um einen rechtzeitigen Informationsfluss zwischen den Betreibern der verschiedenen Stromspannungsebenen zu gewährleisten, wurden Berichtskaskaden eingeführt und in Notfallübungen trainiert.

Weitere, umfassende Schritte zur Versorgungssicherheit lauten:

1. regionaler, nationaler und grenzüberschreitender Netzausbau
2. Stromeinsparung und Lastmanagement
3. Speicher
4. Ausgleichs- und Reservekapazitäten

Diese Reihenfolge ist eine bewusste Prioritätensetzung.

#### *Zum Netz*

Unser Strom muss zu den Verbrauchszentren im Süden. Wir begrüßen, dass der Bundesnetzplan genau das vorsieht und erwarten vom Bund terminliche Absicherungen, wann der Bau erfolgt. Meinetwegen gerne auch mit dem Geld von Versicherungen. Aber wenn es anders nicht vorangeht, wenn Zusagen nicht gehalten werden, dann muss der Bund in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung über eine Bundesnetzgesellschaft selbst das Heft in die Hand nehmen. Grundsätzlich halten wir auch eine Bürgerbeteiligung nicht nur an der Stromerzeugung, sondern auch an den Netzen für sinnvoll. Ich erwarte, dass Tennet den Vorschlag aufgreifen wird, Bürgerinnen und Bürger auch beim Netzausbau zu beteiligen.

Wir brauchen eine stärkere europäische Vernetzung statt einer Abriegelung des Strommarktes. Wir wollen ein europäisches HGÜ-Netz, dessen erster Baustein mit dem Nordlink-Kabel nun geschaffen wird. Die Planfeststellungsunterlagen sind vor einem Monat eingegangen. Das Kabel soll 2018 gelegt werden.

#### *Zum Lastmanagement*

Durch Lastmanagement ist es möglich, dem Stromverbrauch und Stromerzeugung die Spitze zu kappen. Die Erneuerbaren zwingen dem Gesamtsystem eine neue Logik auf. Sie haben Vorrang, fossile Kraftwerke sind nachrangig. Letztere stellen dann nur noch Reserve- und Ausgleichskapazitäten, die schnell und flexibel zur Verfügung stehen müssen.

Deshalb ist es folgerichtig, dass diese Landesregierung gegen das Kohlekraftwerk Brunsbüttel war, aber für das Gaskraftwerk in Wedel ist, zumal dies anschlussfähig für Windwasserstoff oder Windmethan sein wird. Brunsbüttel hat eine gute Perspektive – als Offshore-Hafen und als Standort für innovative Energiekonzepte, wenn wir endlich die Handbremse lösen, die den Standort so lange mit falscher Technik blockiert hat.

Der Wirtschaftsminister und ich laden zu dieser Partnerschaft ein und loten die Möglichkeit für ein - dann vorbildliches - Gesamtversorgungskonzept aus. Das allerdings wird nur gelingen, wenn sich die ansässigen Firmen daran beteiligen wollen.

Es wird nicht gelingen, wenn jeder seine Energie durch die Verbrennung von Öl selbst produziert.

### *Zu Speichern*

Wir brauchen Speicherkapazitäten, Anbindungen an die Wasserkraft in Norwegen, wir brauchen Wasserstoffprojekte und Batteriesysteme und auch viele kleine Vorortkapazitäten. Auch Biogas hat ein - wenn auch begrenztes - Potenzial zum Ausgleich der fluktuierenden Erzeugung.

Die Speichermöglichkeiten in Schleswig-Holstein können bis Ende des Jahrzehnts auf eine Leistung von 1 GW ausgebaut werden. Das entspricht ca. 6 % der im Lande installierten Erzeugungsleistung. Damit wird aber auch anschaulich: Speicher leisten ihren Beitrag, sie verringern vor allen Dingen die Menge des Stroms, der uns durch Abschaltungen verloren zu gehen droht.

Aber sie ändern nichts daran, dass die Energiewende eine gesellschaftliche Wende ist, die uns zwingt, Verbrauch und Nutzungsverhalten neu zu überdenken. Wir können mit Strom nicht mehr aasen wie vorher. Wir müssen unseren Verbrauch der Erzeugung anpassen. Die Waschmaschine oder der Trockner muss dann angehen, wenn der Wind weht und der Strom kostengünstig ist.

### *Zu Ausgleichs- und Reservekapazitäten*

Es müssen schließlich auch immer genug Stromerzeugungskapazitäten vorhanden sein, für Tage ohne Sonne und Wind, aber auch für die kurzfristigen Schwankungen im Netz. Deshalb werden so genannte „Kapazitätsmechanismen“ diskutiert. Nicht die Arbeit, sondern die potentielle Möglichkeit von Stromabgabe soll vergütet werden.

Die Diskussion wird vor allen Dingen von den Ländern vorangetrieben, die bisher eine Kohle- oder Atomkraft-basierte Energieinfrastruktur hatten. Aber die Diskussion ist nicht unschuldig. Ja, wir unterstützen die Suche nach angemessenen Anreizen für Ausgleichs- und Reservekapazitäten. Was wir nicht mitmachen werden, ist die parallele Förderung eines zweiten Strommarktes, der die Verbraucher belastet und die Energiewende abwürgt.

Meine Damen und Herren,  
vor allen Dingen die Frage des Netzausbaus hat brennende Aktualität im Land. Ohne Netzausbau keine Energiewende. Ich will deshalb abschließend auf folgende Aspekte eingehen: Können wir das Netz schnell genug ausbauen oder werden wir Abschaltungsverluste durch den Ausbau der Erneuerbaren bekommen und wenn ja, in welcher Dimension?

Wird die Energiewende an Bürgerprotesten scheitern?

Und: Sollen wir die Energiewende vom Ausbau der Netze abhängig machen?

Meine Damen und Herren, 2010 hatten wir – weil das Stromnetz nicht aufnahmefähig genug war – Abregelungen von EEG-Anlagen mit einem Gegenwert von rund 40 Mio. Euro. Zahlen für 2011 werden voraussichtlich zur Husum Wind veröffentlicht.

Nach derzeitigem Stand der Analyse sind die Abschaltungskosten 2011 aber bundesweit und auch in Schleswig-Holstein erheblich gestiegen. 2012 scheint sich die Situation bei uns dann etwas entspannt zu haben, weil die Leitung Breklum-Flensburg endlich fertig wurde. In Schleswig Holstein wurden 2010 rund 18 Mio. Euro an Entschädigung für abgeregelten Strom gezahlt. Wenn wir jetzt die installierte Leistung ausweiten, indem wir 1,5% der Landesfläche zu Windeignungsgebieten erklären, und der Netzausbau nicht in die Puschen kommt, wird dieser Betrag deutlich ansteigen. Dies, meine Damen und Herren, muss offen und deutlich als Problem benannt werden!

Und ich habe ja die bisher anvisierten Planungszeiträume schon skizziert. Und auch wenn wir es schaffen, da den Turbo reinzukriegen, muss ehrlich gesagt werden: Ja, wir werden aufgrund der vorliegenden Planungsdaten erhöhte Abschaltungen bekommen. Und, nein, ich bin nicht bereit, das einfach so hinzunehmen. Dagegen ergreifen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen:

- Wir haben die Planfeststellungsbehörde neu und effektiv aufgestellt.
- Wir beziehen die Industriebetriebe als große Stromverbraucher in unser Lastmanagement mit ein.
- Wir überprüfen die parallele Nutzung von Ersatzleitungen, um damit bestehenden Leitungen mehr Kapazität zu ermöglichen.
- Wir forcieren den Einsatz von neuen Netztechnologien, eine leistungsfähige Beteiligung, Echtzeitmonitoring zum Auslastungsgrad der Netze und Netzbetriebsmittel.
- Außerdem brauchen wir mehr Klarheit über den Umfang von Abregelung und Entschädigung.
- Und wir brauchen Systeme, um vor Ort abgeregelten Strom sinnvoll zu nutzen.

Vor allem aber sind wir dabei, mit den Betroffenen unbürokratisch und schnell die beste Lösung für den Bau neuer Leitungen zu finden.

Die anschließende Frage lautet logisch: Soll man die Energiewende aussetzen? Die Antwort ist: Nein! Wir kämpfen gegen jede Kilowattstunde, die nicht ins Netz aufgenommen wird.

Aber lassen Sie mich auch die Verhältnisse klar stellen: Schleswig-Holstein erhält durch das EEG Einnahmen nur aus den Vergütungen von rd. 1 Mrd. Euro. Demgegenüber beträgt der Anteil der nicht erbrachten Arbeit im Stromnetz am bundesweiten

Gesamtaufkommen 0,02 Prozent und belastet damit einen vier-Personen Haushalt mit 0,02 ct/ Monat. Selbst wenn wir deutlich mehr Strom nicht aufnehmen können, wogegen wir ankämpfen, erwächst daraus kein starkes Argument, die Energiewende jetzt nicht umzusetzen.

Damit bin ich bei der zweiten Frage, der Frage des Netzausbaus und der Bürgerproteste. Meine Damen und Herren, nach vielen Gesprächen im Land kann ich sagen: Weder die Energiewende noch der Netzausbau wird durch Bürgerbeteiligung grundsätzlich in Frage gestellt. Ja, es gibt lokale Betroffenheiten und die kann ich oft nachvollziehen. Und es gibt natürlich auch - wie immer - Totalverweigerungen, die ich nicht nachvollziehen kann, aber zur Kenntnis nehmen muss.

Meine Damen und Herren, ich habe mich an den Bundeswirtschaftsminister gewandt und ihn gebeten, uns wie Niedersachsen die Möglichkeit einzuräumen, auch 380 kv-Leitungen als Test erdzuverkabeln. Seine Antwort liegt seit vorgestern auf dem Tisch: Sie ist negativ. Aber in aller Deutlichkeit – und etwas anderes habe ich nie gesagt, weder im Parlament noch bei den Bürgerinitiativen: Selbst wenn er anders entschieden hätte, hätte es sich höchstens um kurze Teilabschnitte gehandelt, denn die Technik ist noch nicht ausgereift. Die 380 kv-Leitungen werden als Freileitungen geplant und gebaut werden. Das steht nach der Entscheidung von Bundesminister Rösler fest, und wir können es nicht ändern.

Und trotzdem wird die Energiewende nicht an den Bürgern und Bürgerprotesten scheitern, weil ohne Netzausbau die Alternative am Ende ist: Wiedereinstieg in die Hochrisikotechnologie Atom oder klimaschädliche fossile Kraftwerke und CCS-Verpressung.

Sicher werden am Ende nicht alle glücklich sein. Aber alle sollen dann wissen, dass es ein faires, transparentes und offenes Verfahren gab und dass jeder andere Trassenverlauf schlechter abgeschnitten hat.

Meine Damen und Herren, der Netzausbau wird erst recht nicht am Naturschutz scheitern, siehe Wattenmeer, wo es gelang im Einvernehmen und durch Entgegenkommen des Naturschutzes eine Trasse für die Seekabel zu finden – mitten durch einen Nationalpark! Hier, in Schleswig-Holstein, kann sich Phillip Rösler anschauen, dass er Unrecht hat, wenn er eigene Unzulänglichkeiten beim Naturschutz abladen will.

Der Netzausbau muss laut Gesetz dem Tempo der Erneuerbaren folgen. Und dass er das bisher nicht tat, ist erstens das Versäumnis der Vergangenheit und zweitens kein Zufall. Vor dem Unbundling – der Entflechtung von Erzeugung und Netzbetrieb - wurde der Netzausbau absichtlich verzögert, weil weniger Windstrom mehr

Atomstrom bedeutete. Der unterlassene Netzausbau sollte eine Energiewende verhindern. Und wir würden dieser Strategie nachträglich zum Erfolg verhelfen, wenn wir sie jetzt, nachdem die Energiewende endlich beschlossen ist, zu unserer machen.

Jetzt sind Tennet und sogar EON dabei, die Verzögerungen von damals aufzuholen - mit gutem Willen und im Licht der Erkenntnis, dass sie hier im Land die Chance haben zu zeigen, dass sie es können! Bremsen wir sie nicht dabei! Denn Verzögerungen holt man nicht auf, indem man das Tempo vom Langsamsten bestimmen lässt, sondern indem wir dem Langsamen auf die Beine helfen, oder zur Not auch mal Feuer unterm Mors machen!

Meine Damen und Herren,  
Die Energiewende ist kein grünes und kein rotes, kein schwarzes, blaues oder gelbes Projekt. Sie ist ein gesellschaftliches Projekt! Und das ist sie gerade in Schleswig-Holstein, dem Land der Erneuerbaren Energien! Dem Land, das meerumschlungen durch den Klimawandel wie kein zweites bedroht ist. Dem Land, in dem sich die Konfliktlinien der Energiepolitik – Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel, Kohleneubau oder nicht, CCS -Verpressung - kreuzen, wie in keinem zweiten, dem Land aber auch, das die ökologische Bedrohung kontern kann mit einer verheißungsvollen ökologisch verträglichen und ökonomisch erfolgreichen Perspektive.

Die Erneuerbaren sind der Wachstumsmotor einer neuen grünen Wirtschaft. Die Energiewende hat einen gewaltigen ökonomischen Hebel. Sie ist der Jobmotor der Gegenwart und Zukunft. Die Energiewende ist die Jahrhundertchance für Schleswig-Holstein. Und wer sie schlecht redet, der redet Schleswig-Holstein schlecht. Schleswig-Holsteins Energie ist erneuerbar. Dies ist ein normativer Satz. Aus ihm folgen Arbeitsaufträge: Für mich, für die Landesregierung und für dieses Parlament. Die Verantwortung dafür kann uns niemand abnehmen. Die Verantwortung dafür soll uns niemand abnehmen!